

Plan oder Politik?

Kurzer Streit über die Regionale Raumordnung im VG-Rat Kirchen

thor **Kirchen**. Für eine etwas längere Diskussion sorgte jetzt im Verbandsgemeinderat noch einmal der Entwurf des Regionalen Raumordnungsplans. Vor allem die Bündnisgrünen in Person von Anna Neuhof hatten mit manchen Formulierungen in der Stellungnahme der Verwaltung so ihre Schwierigkeiten, am Ende stimmt die gesamte Fraktion mit „nein“. Wie die Siegener Zeitung bereits bei der Berichtserstattung aus dem Gemeinderat Mudersbach dargestellt hatte, kritisieren die Kirchener vor allem die unklaren Formulierungen hinsichtlich der Windkraft. Es würden keine klaren Ausschlusskriterien genannt, auch nicht für Regionale Grünzüge.

Anna Neuhof plädierte dafür, sich alle Optionen offen zu halten – was nicht bedeute, dass man Windräder in den Grünzügen favorisiere. Nur beim Molzberg sollten nach Meinung der grünen Landtagsabgeordneten schon Nägel mit Köpfen gemacht werden: „Da darf alles eingegrenzt werden, was eingegrenzt werden kann.“ Ansonsten nahm sich Neuhof die Regionale Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald zur Brust. Diese habe „Planungsverweigerung“ betrieben und das Landesentwicklungsprogramm IV falsch interpretiert. Die Windkraft-Planung bei den Kommunen anzusiedeln, sei ein großer Fehler gewesen. „Wäre man nicht ganz schnell aus den Hufen gekommen, wäre dieser Planungsbereich vom Ministerium übernommen worden.“

Der 1. Beigeordnete Rainer Kipping warf den Grünen nach den Beratungen im

Bauausschuss eine „Rolle rückwärts“ und eine nicht ausreichende Lektüre der Unterlagen vor, was Neuhof deutlich zurückwies. Wie dem auch sei, für Georg Seidenfuß (CDU) stand fest, dass mit dem Regionalen Raumordnungsplan Politik gemacht werde: „Es ist doch klar, wohin die Reise gehen soll“, sprach der Christdemokrat den „Druck des Ministeriums“ an: „Da wird versucht, Pflöcke einzuschlagen.“

Firesenhagens Ortsbürgermeister Norbert Klaes hatte im Rahmen der Diskussion von Kipping wissen wollen, warum ausgerechnet gegen zwei mögliche Windkraft-Flächen im Wildenburger Land keine Bedenken angemeldet worden seien. Der Beigeordnete führte in seiner Antwort taktische Gründe an. Wären Bedenken in die Stellungnahme aufgenommen worden, hätte sich die Verbandsgemeinde bei der späteren Suche nach Konzentrationsflächen eingeschränkt: „Wir hätten uns selbst ausgehebelt.“ Zumal die Bedenken immer noch bei der Flächennutzungsplanung berücksichtigt werden könnten. Klaes sah das ein bisschen anders: „Wir sollten doch sagen, was wir wollen.“

Mehrere Redner der Fraktionen kritisierten in diesem Zusammenhang die Eile, mit der das Thema durch die Gremien gejagt wurde. Nach Auskunft von SPD-Sprecherin Angelika Buske habe man darüber nur in einer einzigen Bauausschuss-Sitzung beraten. Bis Ende des Jahres müssen der Planungsgemeinschaft alle Stellungnahmen vorliegen, am Freitag werden die der Verbandsgemeinde und der Ortsgemeinden abgeschickt.